

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Dezember 2006

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#07

Wenn Grenzen zwischen Reps und CDU verschwimmen:

Auf dem rechten Auge fast erblindet

Kreistagssitzungen gehören sicherlich nicht zu den aufregendsten Veranstaltungen, die Menschen im Kreis Marburg-Biedenkopf besuchen können. Wer konnte schon ahnen, dass in den vergangenen Wochen dieses eherne Gesetz durch Kreistagsabgeordnete mit rechter Gesinnung gebrochen werden würde?

Ausgangspunkt war der unglaublich anmutende Vorgang, dass Gerichtsurteile vorliegen, die das Tragen von Buttons mit durchgestrichenem Hakenkreuz als verfassungswidrigen Tatbestand ausweisen. Das mag der eine oder andere für einen Witz halten, ist aber bittere Realität. Noch skurriler ist der Umstand, dass ausgerechnet Manfred Thierau, Abgeordneter der Republikaner, sich diese Kriminalisierung von AntifaschistInnen zu Nutzen machte und während der Kreistagssitzung am 13. Oktober die Polizei anrief, die auch tatsächlich kam und Ermittlungen gegen einen Zuhörer mit einem solchen Anstecker aufnahm.

Nun hat der Bundesgerichtshof (BGH) schon 1973 entschieden, dass die Abbildung von Hakenkreuzen nicht strafbar sei, wenn „diese eindeutig die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ausdrückt“. Es kommt wohl nicht oft vor, aber in diesem Fall be-

fund sich der BGH im Einklang mit einem großen historischen Vorbild. Hans Scholl hatte kurz

Mensch auf die Idee käme, eine durchgestrichene Zigarette als Hinweis auf Nichtraucheräume



vor seiner Hinrichtung im Februar 1943 gestanden, dass die „Weiße Rose“ für Wandparolen eine Schablone mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz hergestellt hatte. Hinzu kommt, dass gerade der rote Balken im roten Kreis international als Verbotssymbol bekannt ist und kein

mit einer Aufforderung zum Rauchen gleichzusetzen, nur weil die Zigarette an sich dafür da sei, geraucht zu werden.

Thierau und die Republikaner sind aber nur die eine Seite der Medaille. Entlarvend war die Reaktion der CDU-Fraktion auf die Erklärung ihres eigenen Par-

teimitglieds Heinrich Herbener, der als Kreistagsvorsitzender über das Hausrecht verfügt und als Einziger berechtigt gewesen wäre, einen Polizeieinsatz anzuordnen. Er selbst habe weder den Einsatz der Polizei „gewollt, veranlasst oder gebilligt“ und sehe in Thierau einen „Spiritus Rektor“, dessen Verhalten völlig unakzeptabel sei. Während er für diese und andere eindeutigen Aussagen Beifall von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Die Linke. bekam, blieb es in den Reihen der CDU mucksmäuschenstill. Für Abgeordnete wie Frank Gotthardt – der die Abschiebung der Familie Kpakou völlig in Ordnung findet und sich zu zynischen Äußerungen in dem Format verleiten lässt wie: „Was ist daran zu kritisieren, dass die Familie bei der Abschiebung getrennt wurde, sie ist doch auch zu unterschiedlichen Zeiten in Deutschland angekommen“ – steht der Feind links. Wenn dann der „eigene Mann“ den wichtigsten Grundsatz vergisst, nämlich gegen die Linken zu hetzen und die Reps zu schonen, kann es einem schon die Sprache verschlagen. Rechte Gesinnung hat viele Facetten; die Reps repräsentieren nur einen Teil davon.

Herwig Selzer

Merkels kranke Gesundheitsreform

Die Demagogie vom „Kompromiß“

Manche sagen, die Große Koalition sei ziemlich unbeweglich. Das darf sie auch sein. Die größten Schweinereien hat ja schon Rotgrün verursacht: Hartz IV und Riester-Rente. Schwarzrot braucht jetzt nur noch auszusitzen und aufzupassen, daß nichts mehr geändert wird.

Eine Grausamkeit fehlt allerdings noch: die sogenannte Gesundheitsreform. Da streitet man sich noch ein bisschen.

Im Wahlkampf versprach die SPD 2005 eine „Bürgerversicherung“, für die alle Einkommen (also nicht nur Löhne und Gehälter in ihrer doppelten Gestalt: als Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-

beiträge, sondern auch Gewinne, Zinsen, die Bezüge der Beamten, Mieten) herangezogen werden sollten. An sich eine gute Idee – aber völlig unglaubwürdig bei einer Partei, die sieben Jahre lang überhaupt nichts dafür getan hatte. Außerdem sollte eine Bemessungsgrenze beibehalten werden, die die hohen Einkommen schonte.

CDU und FDP schlugen ein „Prämienmodell“ (von ihren Gegnern „Kopfpauschale“ genannt) vor. Auch hier sollten alle Einkommen herangezogen werden, allerdings nur mit einem für alle gleichen, niedrigen Pauschalbetrag. Da konnten die Auszah-

lungen natürlich nur gering sein. Wer mehr wollte, mußte sich privat zusatzversichern – so man es denn hat. Dies wäre eine Marktöffnung für die Finanzdienstleister, wie dies Riester (SPD) schon mit der nach ihm benannten Zusatzrente getan hatte. (Das zuweilen auch für Deutschland empfohlene „Schweizer Modell“ entspricht diesem Schema.)

Immerhin war das im Wahlkampf eine klare Alternative. Nachdem man anschließend eine Große Koalition schließen mußte, bereitete man etwas vor, das fälschlich ein Kompromiß genannt wird. Diese Bezeichnung ist eine Demagogie. Die Lösung, die

man jetzt gefunden hat, hat eine klare Schlagseite: in Richtung Prämienmodell. Zwar zahlen fast alle in den neuen Gesundheitsfonds ein, doch werden dessen Leistungen den Bedarf nicht decken. Also wird, wer kann, sich noch mit einer Privatversicherung ausstatten.

Die Unternehmer, insbesondere die Finanzdienstleister, schimpfen trotzdem. Sie haben gar nichts dagegen, wenn die „Reform“ in ihrer jetzigen Fassung scheitert. Dann können sie nämlich anschließend eine Version durchsetzen, in der das Prämienmodell noch eindeutiger verwirklicht ist. **Georg Fülberth**

AUSGEFRAGT

Nächstes Jahr wollen sich Linkspartei und WASG vereinigen. In Marburg eilt man schon jetzt voraus. Ein Gespräch mit Heidi Boulois auf

SEITE 2

AUS DEN KOLONIEN

Nach dem Verbot des kommunistischen Jugendverbandes in Tschechien ist nun auch die Kommunistische Partei bedroht. Wie Antikommunismus mit Sozialabbau zusammenhängt lesen sie auf

SEITE 3

NACHRUUF

Am Samstag, den 29.10. 2006 verstarb unser Genosse, der Kommunist und antifaschistische Widerstandskämpfer Peter Gingold. Lesen sie unseren Nachruf auf

SEITE 4

Im Übrigen...*

von C. Schröder

... wird politische Kritik an der CDU juristisch verboten.

Das Verwaltungsgericht Gießen hat den überwiegenden Teil der vormals vom AStA Marburg getragenen Veranstaltungsreihe „Hessen hinten! Sieben Jahre hessische CDU an der Macht. Eine kritische Bilanz“ verboten. Damit wurde der Klage von zwei studentischen CDU-Mitgliedern stattgegeben, die sich auf das fehlende allgemeinpolitische Mandat des AStA beriefen. Die CDU-kritische Veranstaltungsreihe sollte so mit juristischen Mitteln kurzfristig gestoppt und unliebsame politische Kritik mundtot gemacht werden. Damit wurde der rechtmäßige Auftrag zur politischen Bildung des demokratisch gewählten AStA juristisch untersagt. Die erste Veranstaltung konnte jedoch durch die spontane Übernahme der Trägerschaft von der Humanistischen Union Marburg dennoch stattfinden, die Veranstaltungsreihe zu 10 Bereichen hessischer Politik wird nun durch die daran beteiligten Organisationen Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, BUND Kreisverband Marburg-Biedenkopf, DGB Kreisverband Marburg-Biedenkopf, DGB Jugend Mittelhessen, GEW Regionalverband Hochschule und Forschung Mittelhessen, Hochschulgruppe Sozialistische Linke, Humanistische Union Ortsverband Marburg getragen.

Weitere Informationen unter: www.hessenhinten.de



DKP

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Steffen Käthner (RUM)

Freie Radios am Ende?

Klagt gegen
Studiengebühren!

Am 5. Oktober hat der hessische Landtag mit Stimmen der CDU-Mehrheit die Einführung von Studiengebühren ab dem Wintersemester 2006/07 beschlossen. Mindestens 500 Euro müssen StudentInnen pro Semester bezahlen. Nicht nur, dass sich Koch und Gefolgsleute über die massiven studentischen Proteste hinweggesetzt haben. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass sie Gleiches mit dem Artikel 59 der Hessischen Verfassung gemacht haben. Dieser verbietet Gebühren an „allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen“. Der Staatsgerichtshof hat die Gebührenfreiheit in früheren Entscheidungen stets als einklagbares soziales Grundrecht gesehen. Gemäß Artikel 131 Hessische Verfassung können alle deutschen Staatsbürger, die mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in Hessen haben beim Staatsgerichtshof gegen ein Gesetz Verfassungsklage einreichen. Wenn mindestens 43.308 wahlberechtigte HessInnen diesen Weg beschreiten, wird in einem abstrakten Normenkontrollverfahren seine Verfassungsmäßigkeit überprüft. WICHTIG: Die Unterschrift unter das auszufüllende Formular zählt erst dann, wenn die Stadt / Gemeinde, in der man mit Hauptwohnsitz gemeldet ist, auf dem Formular bescheinigt, dass man wahlberechtigt ist und selbst unterschrieben hat.

Alles weitere erfahrt ihr unter: www.fuer-solidaritaet-und-freie-bildung.de

Akteneinsichtsausschuss: So wird das nichts!

Auf Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke. hat sich ein Akteneinsichtsausschuss mit der finanziellen Schieflage der kreiseigenen Tour GmbH beschäftigt. Herausgekommen ist eigentlich nichts, außer das, was vorher schon feststand. Die Verbindlichkeiten waren viermal so hoch wie das Eigenkapital. Hier hätte entweder der Landkreis sofort Geld nachschießen oder der Geschäftsführer zum Insolvenzrichter gehen müssen. Beides ist bekanntlich nicht geschehen. Ob und welcher Straftatbestand vorliegt, könnte nur durch eine staatsanwaltschaftliche Ermittlung festgestellt werden. Davor schreckt aber die SPD zurück; sie hat - ausschließlich - den Landrat im Visier, um bereits im Vorfeld des Landratswahlkampfes 2007 zu punkten. Deswegen überlegt sich Die Linke. Schritte in dieser Richtung.

Am 5. April 2007 feiert Radio Unerhört Marburg (RUM) das zehnjährige Jubiläum des Sendestarts. Es könnte aber die letzte Jubiläumsfeier werden. Grund für diese Befürchtung ist eine von der Landesregierung angestrebte Gesetzesänderung. Kommt diese wie geplant zustande, würde dies das Ende für die sieben Nichtkommerziellen Lokalradios (NKL) in Hessen bedeuten. Bisher erhalten sie pro Jahr jeweils rund 75.000 Euro, wohlgerneht aus GEZ-Gebühren, nicht aus Steuergeldern. Fallen diese Mittel nun größtenteils weg, wären für RUM vor allem Miet- und Personalkosten nicht mehr aufzubringen.

Das neue Gesetz soll aber nicht nur finanziell wirken, sondern die Fördermöglichkeiten auch inhaltlich umdefinieren. Mit der Einführung des „Nichtkommerziellen Lokalfunks“ sollte Anfang der 90er Jahre die publizistische Vielfalt erweitert werden, durch

Zulassung von Radios, die frei von kommerziellen Interessen sind und den benachteiligten Gruppen der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Die Politik hatte damit auf die Tatsache reagiert, dass infolge der Einführung des Privatfunks Mitte der 80er Jahre zwar die Zahl empfangbarer Programme gewaltig zugenommen hatte, es keineswegs aber mehr präsentierte Meinungsvielfalt gab. Dass nun also BürgerInnen selbstorganisiert und in eigener Verantwortung Radiolizenzen bekommen konnten, war in Hessen seither politischer Konsens, auch wenn es Misstrauen gegenüber der Möglichkeit gab, dass „radikale Elemente“ die gegebenen Möglichkeiten „missbrauchen“ könnten.

An sieben Standorten entstehen heute in Hessen wöchentlich über 600 Stunden werbefreies lokales Radioprogramm, ehrenamtlich gestaltet von über

1.500 RadiomacherInnen in einem Einzugsgebiet von etwa 2,5 Millionen Menschen. Mehr als 200.000 HörerInnen in Hessen schalten regelmäßig nichtkommerzielle Radiosendungen ein. Der politische Konsens, dass „Bürgermedien“ zur Erfüllung ihrer publizistischen Aufgaben eine gewisse (gleichwohl bescheidene) finanzielle Unterstützung zusteht, wird nun mit dem Gesetzesentwurf der Landesregierung verlassen. Demnach sollen nur noch medienpädagogische Projekte mit Jugendlichen gefördert werden. Die machen freie Radios zwar auch (und sogar zunehmend), aber in erster Linie sind sie Radiosender und keine akustischen Volkshochschulen. Die Forderungen der sieben NKLs gehen deshalb auch genau in diese Richtung:

- Erhalt der finanziellen Förderung in (mindestens) bisheriger Höhe

- Keine Unterordnung unter den

Bereich „Medienkompetenz“ Interessanterweise unterstützt die hessische SPD diese Forderungen (und verweist vor allem auf die im Januar 2008 anstehende Landtagswahl), auch FDP und Grüne lehnen den Regierungsvorschlag ab. Motivation der Landesregierung ist vor allem eine Stärkung des Medienwirtschaftsstandortes Hessen. Dafür sollen in Zukunft rund ein bis zwei Millionen Euro mehr aus GEZ-Mitteln fließen. Eine Abschaffung der freien Radios sei aber nicht Intention der Landesregierung, wohl mehr so eine Art „Kollateralschaden“. Für die freien Radios bedeutet das im Moment eine Menge Mehrarbeit. Lobbyarbeit bei Lokal- und Landespolitik verbraucht eine Menge Ressourcen, das Werben um öffentliche Unterstützung noch mehr. Immerhin sprechen 1.200 Unterschriften für den Erhalt von Radio Unerhört eine klare Sprache.

AUSGEFRAGT

Im Gespräch mit
Heidi Boulnois*

Die bundesweite Gründung der Partei Die Linke. soll am 16. Juni 2007 in Berlin stattfinden. In Marburg haben Linkspartei und WASG am 3. Oktober ein gemeinsames Leitungsgremium gewählt und damit bereits die Vorstufe der Vereinigung beider Parteien vollzogen.

Wie bewertest du den Vereinigungsprozess in Marburg?

Ansätze für eine Zusammenarbeit gab es schon seit dem Frühjahr 2005, als es darum ging, gemeinsam den Wahlkampf für die Oberbürgermeisterwahlen in Marburg zu organisieren. Die WASG war zu dieser Zeit noch ein Verein, dessen Kristallisationskern eine Hochschulgruppe war, die sich Ende 2004 gründete. Die Einsicht, dass es effektiver sei, die geringen personellen Ressourcen zu bündeln und auf die Synergieeffekte zu setzen, ist in beiden Parteien vor allem in der Zeit des Bundestagswahlkampfes stärker geworden. Inhaltlich gab es viele Gemeinsamkeiten. Aktivitäten gegen die Privatisierung der Uni-Klini-

„Koch muss weg“
ist mir zu billig

* Heidi Boulnois, Mitglied der Kreistagsfraktion Die Linke., ist seit Herbst 2005 Kreisvorsitzende der WASG.

ka oder auch bundesweite Themen wie der Kampf gegen den fortschreitenden Sozialabbau boten viele Schnittstellen. Die Notwendigkeit, gemeinsam Aktionen zu planen und umzusetzen, hat pragmatische Gründe der Zusammenarbeit nach sich gezogen, wie beispielsweise die gemeinsame Nutzung des Linkspartei-Büros.

Welche Organisationsstrukturen habt ihr in Marburg geschaffen?

Dem Leitungsgremium gehören je drei VertreterInnen der Linkspartei und der WASG und zwei Parteilose an, denen gemeinsam die Geschäftsführung obliegt. Sie treffen sich einmal wöchentlich, bereiten die Mitgliederversammlungen vor, die im Turnus von vier Wochen stattfinden und unterstützen die Arbeitsgruppen, die sich mit der Vorbereitung von öffentlichen Veranstaltungen, unserem Zeitungsprojekt und dem Umzug in ein neues Büro beschäftigen. Die Schatzmeisterei läuft weiterhin getrennt und wird erst in letzter Instanz zusammengelagert. Formal gibt es noch einen SprecherInnenrat der Linkspartei und einen Vorstand der WASG, die bis zur Gründung der bundesweiten Partei nebeneinander existieren werden.

Welche Gedanken kommen Dir als WASG-Mitglied zum Vereinigungsprozess?

Ich möchte nicht nur den Zusam-

schluss von zwei Parteien, sondern von Menschen, die in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv sind. Bewegung darf nicht vom Kopf wachsen, sondern muss von der Basis kommen. Ich bin für den kommunikativen Austausch mit Menschen, die in den Gewerkschaften, bei Attac oder auch in der Kirche aktiv sind. Für mich war die Demonstration im November 2004 gegen Sozialabbau das Signal, dass jetzt etwas passieren wird, was von unten kommt.

Ein Protest, der aus der Mitte der Betroffenen heraus entsteht, gewissermaßen der Zorn von Menschen, der sich Bahn bricht, aber in strukturierten Bahnen verläuft. In diesem Sinne hatte die WASG die Vorstellung, eine „Partei neuen Typs“ zu werden. Durch die vorgezogenen Bundestagswahlen und dem beschleunigten Vereinigungsprozess hatte die WASG aber nie eine richtige Chance besessen, so detailliert das eigene Programm zu diskutieren, wie dies bei der PDS der Fall war. Das bedaure ich.

Wie schätzt du den vorliegenden Programm-Entwurf ein?

Mir persönlich ist das Eckpunkte-Programm teilweise zu „weichsozialdemokratisch“. Konkrete Forderungen soll man auch konkret formulieren und keine Eventualitäten nach rechts oder links offenhalten. Statt zu sagen „Unser Ziel ist“ oder „Wir wollen in einer bestimmten Zeit konkret folgendes erreichen“ ist des öfteren formuliert: „Wir streben an“ oder „Wir sind bemüht“. Meines Erachtens kann es nur ein klares Nein zu Privatisierungen oder

ein klares Ja zu Laden-schlusszeiten geben und kein „Vielleicht doch“. So lässt man sich Hintertürchen offen für eine mögliche Koalition mit der SPD. Nur zu sagen „Koch muss weg“ ist mir zu billig. Ja, ich möchte dies auch, aber nicht um jeden Preis. Parteiarbeit wächst von unten und je unerfahrener ich in Situationen gehe, die ich nicht kenne, desto angreifbarer werde ich.

Die Fragen stellte
Herwig Selzer

Broschüre der
DKP Hessen

Anlässlich des sechzigsten Jahrestages der hessischen Verfassung, an deren Ausarbeitung Kommunisten maßgeblich beteiligt waren, hat die DKP Hessen eine Broschüre herausgegeben. Sie gibt einen Überblick der Entstehung der Verfassung und ihrer sozialen Errungenschaften. Die Broschüre kann zum Preis von 3 Euro (+ 1 Euro Versand) bei der DKP Hessen, Hansteinstr. 4, 60318 Frankfurt, Tel.: 069 - 5975673 bestellt werden.



HOCH DIE... NIEDER MIT...

Es tut sich was!

Arbeitskämpfe in der VR China

US-Konzerne, die in der Volksrepublik China investieren, sind seit Monaten bestrebt, die Einführung eines neuen Arbeitsrechts zu verhindern, das derzeit von der chinesischen Regierung entworfen wird. Nun hat sich der US-amerikanische Lobby Verband "American Chamber of Commerce" in einem Schreiben an die Regierung der Volksrepublik China gewandt, um kapitalfreundlichen Änderungswünschen bei der geplanten Arbeitsrechtsreform Nachdruck zu verleihen. Der Verband vertritt finanzstarke Investoren wie Wal-Mart, Microsoft und Nike. Das neue Arbeitsrecht, das 2007 in Kraft treten soll, wird durch staatliche Behörden, der Kommunistischen Partei Chinas und in enger Zusammenarbeit mit dem Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverband erarbeitet. Neben der ACC haben sich auch das „US-China Business Council“ und die „European Chamber of Commerce“ mit ähnlichen Schreiben an die VR China gewandt. Die Dachverbände, die zusammen mehr als 2160 Unternehmen repräsentieren, drohten bei Nichtbeachtung ihrer Eingaben ebenfalls mit dem Abzug ausländischen Kapitals. Eine Veränderung des Arbeitsrechts stellt für die Stellung der Unternehmen eine revolutionäre Veränderung dar. Dies geht so-

gar so weit, dass manche Unternehmen fürchten, dass es zur Wiederbelebung von verloren geglaubter Aspekten des Sozialismus kommen wird, da sich die VR China zu stark an den gewerkschaftsfreundlichen Gesetzgebungen in Frankreich und Deutschland orientiere.

Deutliche Verbesserungen

In aktuellen Analysen wird auch davon ausgegangen, dass der Anstieg der Arbeiterproteste (im Jahr 2005 waren es bereits 87000 mit vielen Millionen Teilnehmern) die chinesische Regierung dazu brachte, die Arbeitsgesetzgebung neu zu diskutieren. Obwohl in der VR China bereits die grundlegenden Arbeiterrechte festgesetzt wurden, scheinen die Unternehmerverbände eine weitere gesetzliche Festschreibung zu fürchten. Laut Expertenmeinung könnten mit dem neuen Arbeitsrecht die Löhne für Wanderarbeiter um ca. 50% steigen. Die Einführung allgemeingültiger Arbeitsverträge würde als Grundlage für jedes Arbeitsverhältnis gelten und betriebliche Probezeiten auf sechs Monate beschränkt werden. Die in der VR China verbreiteten unlauteren Praktiken seitens der Unternehmensführung sollen verboten werden, und bei vorzeitig aufgelösten Arbeitsverträgen wären Nachzahlungen an die Entlassenen zu entrichten. Weiter geht es um allgemeine Rechte wie Kündigungsschutz und Senioritätsleistungen.

Von China lernen...

Kritisch hervorzuheben ist sicherlich das nicht verankerte Streikrecht, positiv dagegen stimmt die Nachricht, dass nach wie vor am Prinzip der Einheitsgewerkschaft festgehalten wird. In Zeiten, in denen in der BRD massiv die Einheit der arbeitenden Klassen angegriffen wird und „Gewerkschaften“ wie die CGM oder der Marburger Bund als tariffähig gelten, ein positiver Ausblick! Es bleibt weiterhin spannend, wie sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung in Zukunft noch entwickeln wird und ob ausländische Unternehmen in der Lage sind, innerchinesische Angelegenheiten zu beeinflussen.

Bettina Mock



Der Druck wächst

Der deutlich härtere Kurs gegenüber ausländischen Unternehmen in China zeigt sich nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auch im Bereich kollektiver Interessensvertretung. Erst im Juli dieses Jahres gelang es dem Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverband beim Einzelhandelsriesen Wal-Mart eine Betriebsgewerkschaft zu installieren. Einen Vorgang, der in Staaten wie den USA, Canada oder der BRD mit ihren relativ starken Gewerkschaften bisher am massiven Widerstand scheiterte. Dass es nun ausgerechnet in der VR China funktionierte mag erstaunen. Doch auch dort

Kampagnenfähiger Antikommunismus

Nach einjährigem Tausziehen hat am 2. Oktober das tschechische Innenministerium den Kommunistischen Jugendverband Tschechiens (KSM) verboten. Als Begründung wurde deren Forderung nach kollektivem Eigentum an Produktionsmitteln angegeben.

Auch die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) ist vom Verbot bedroht: Anfang November installierte der Senat eine Untersuchungskommission, welche die „Verfassungstreue“ der KSCM prüfen soll. Neben einer mangelnden Distanzierung von der sozialistischen Geschichte Tschechiens werfen ihr bürgerliche Kräfte ausdrücklich die fehlende Bereitschaft zur Verteidigung des Privateigentums vor.



Nun stellen antikommunistische Umtriebe in Tschechien nichts neues dar. Vielmehr hat es seit Mitte der 90er mehrfach Gesetzesinitiativen seitens des national-konservativen Blocks gegeben, die kommunistische Ideologie und deren Propagierung zu verbieten. Auch die ideologische Überprüfung von Staatsbediensteten und darauf folgende Berufsverbote sind übliche Mittel. Neu ist allerdings der europäische Kontext, in dem sich diese Repressionswelle bewegt. Anfang des Jahres verabschiedete der Europarat eine Erklärung zur „Verurteilung totalitärer kommunistischer Regime“. Sie stellt den ideologischen Rahmen und die Zielsetzung der gegenwärtigen Kampagne gegen KommunistInnen und deren Organisationen dar. Eine zentrale Rolle hat dabei die Europäische Volkspartei (EVP) eingenommen. Sie setzte sich auf ihrem letzten Parteitag die Anklage der kommunistischen Ideologie als strategisches Ziel für die Periode 2004 – 2009. Insbesondere in den ehemaligen sozialistischen Staaten wird dafür die günstige ideologische Ausgangslage genutzt, um mit medialer Dauerpräsenz und parlamentarischer Initiativen die Zerschlagung kom-

munistischer Organisationen zu forcieren.

Indem aber der Kommunismus als „aus der Theorie des Klassenkampfes geboren“ dargestellt wird, gibt man gleichzeitig auch weitergehende Zielsetzungen an.

Wahrscheinlich ist, dass diese ideologische Offensive auch zur Diskreditierung einer „klassenkämpferischen Orientierung“ in den Gewerkschaften genutzt werden wird. Ebenso wahrscheinlich ist, dass sich vor allem rechtsextreme Gruppierungen mit ihrem „Antibolschewismus“ in ihrer Argumentation bestätigt fühlen werden. Widerstand gegen Antikommunismus ist also ein Bestandteil des Widerstands gegen Sozial- und Demokratieabbau. Hat doch die angestoßene antikommunistische Kampagne insgesamt die Zementierung neoliberaler Wirtschaftspolitik nach Innen und imperialistischer Kriegspolitik nach Außen zum Ziel.

Pablo Graubner

Weitere Informationen:

- www.gegen-ksm-verbot.de
- „Antikommunismus - Zur Antikommunismus-Resolution des Europarates“ von Anton Latzo, online: www.marxistische-blaetter.de/

VON DER HEIMATFRONT

Jugendarbeitsschutz ist kein Ausbildungshemmnis!

Die Politiker und Arbeitgeberverbände fordern in den letzten Monaten massiv eine Aufweichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JarbSchG). Es sei in seiner jetzigen Form ein Ausbildungshemmnis und man müsse es nur lockern, dann würden die Ausbildungsplätze sprießen.

Was ist Jugendarbeitsschutz?

Jugendarbeitsschutz heißt Jugendliche unter 18 Jahren (egal ob Auszubildende, Jungarbeiter oder Jobber) vor Überlastung und gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Deshalb ist im heutigen JarbSchG eine bestimmte Zahl und Länge von Pausen vorgeschrieben, es gibt Zeiten, in denen Jugendliche nicht arbeiten dürfen, es müssen gesundheitliche Untersuchungen durchgeführt werden und es gibt Stellen, die den Jugendarbeitsschutz überwachen und z.T. auch initiativ tätig werden müssen (z.B. wenn der Verdacht besteht, dass Jugendliche bei der Arbeit geschlagen werden). Dabei gibt es schon zahlreiche Ausnahmen für Jugendliche in bestimmten Branchen – in Bäckereien dürfen Jugendliche über 17 z.B. schon ab 4 Uhr morgens arbeiten.

Ausbildungs- oder Ausbeutungshemmnis?

Im Mittelstand arbeiten die Azubis schon früh produktiv mit, anstatt zu lernen und dadurch Kosten zu verursachen. Sind sie ausgebildet, so kann der Betrieb oft gar nicht alle Azubis übernehmen und stellt lieber neue ein, weil sie weniger Lohn kriegen. Es wird dort also nur soviel ausgebildet wie nötig, um Profit aus den Jugendlichen herauszuschlagen. Und das geht natürlich am besten, wenn sie auch so flexibel einsetzbar sind wie Erwachsene und nicht extra Pausen brauchen. So zu tun, als würde man Jugendlichen durch die Aufweichung des Jugendarbeitsschutzes eine Zukunft bieten, ist also mehr als dreist. Das würde nur bewirken, dass sie besser ausgebeutet werden können und ihre Chancen auf Übernahme weiter sinken.

Wir fordern deshalb:

- Keine Aufweichung des JarbSchG! Stattdessen Ausweitung auf alle Jugendlichen bis 24 (statt bisher 18) Jahre
- Alle Unternehmen zwingen genug auszubilden – z.B. mit einer Ausbildungsabgabe für alle Betriebe, die nicht 10% ihrer Arbeitsplätze als Ausbildungsplätze bereitstellen
- Unbefristete Übernahme für alle Azubis
- Qualität der Ausbildung erhöhen: Ausbilden statt Ausbeuten!

SDAJ Marburg

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

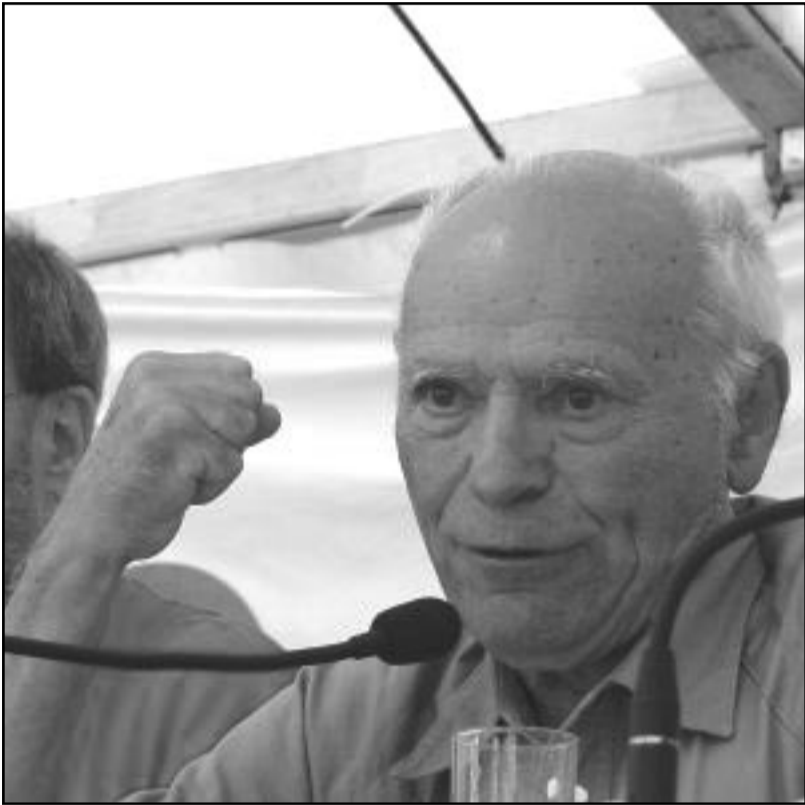
Telefon / E-Mail _____ Geburtsjahr _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Zum Tod von Peter Gingold Widerstand – ein Leben lang

„Nie resignieren, und wenn welche resignieren,
dann macht ihnen Mut!“



Peter Gingold, Kommunist und antifaschistischer Widerstandskämpfer, starb am 29. Oktober nach langer, schwerer Krankheit in Frankfurt am Main im Alter von 90 Jahren.

Geboren am 8. März im Kriegsjahr 1916 in Aschaffenburg, aufwachsend in den Wirren und Kämpfen der Weimarer Republik erlebte der aus jüdischem Elternhaus stammende junge Peter Gingold früh den Antisemitismus der Faschisten. Als bald begann er nach den Ursachen von Massenarbeitslosigkeit, Armut und Ungerechtigkeit zu fragen und entschied im Alter von gerade einmal 14 Jahren sich der Arbeiterjugendbewegung anzuschließen. Als kaufmännischer Lehrling trat er der Gewerkschaftsjugend des „Zentralverbandes Deutscher Angestellter“ (ZDA) bei. „Das war mein erster Schritt zur politischen Organisation in der Arbeiterbewegung. Bis dahin war ich sehr religiös erzogen worden, ging immer mit meinen Eltern in die Synagoge und war selbst sehr gläubig. Ich habe auch mit 13 Jahren Bar Mizwah gehabt. Das hörte auf, als ich in die Gewerkschaftsjugend eintrat und so in Berührung mit anderen Ideen gekommen bin. Dort fing ich richtig an zu lesen.“ Ein Jahr später trat er dem „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) bei. Im Jahr der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde er im illegalen Widerstand tätig.

Bei einer Razzia der SA wurde er jedoch wenig später verhaftet und bekam nach mehreren Monaten Gefängnis die Anordnung, Deutschland zu verlassen. Er emigrierte nach Paris, wo er 1936 die „Freie Deutsche Jugend“ mitbegründete. Dort lernte er auch seine spätere Frau Ettie Stein-Haller kennen, die er während der Arbeit für die „Freie Deutsche Jugend“ lieben gelernt hatte. Im französischen Exil kam auch ihre erste Tochter Alice zur Welt. 1937 trat Peter Gingold in die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) ein. Um einer Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen musste er wenig später untertauchen. Er schloss sich der „Travail Allemand“ (TA) an, einer Gruppe in der Résistance, die antifaschistische Aufklärung unter deutschen Soldaten leistete. Während seiner illegalen Zeit wurden zwei seiner Geschwister in Paris verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Er selbst wurde im Februar 1943 von der Gestapo verhaftet und mehrere Wochen lang verhört und gefoltert. Im April gelang ihm jedoch die Flucht. Wenig später war er wieder in der Résistance tätig und nahm im August 1944 am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Seine antifaschistische Arbeit setzte er dann unter anderem als Frontbeauftragter bei den Partisanen in Norditalien fort. In Turin erlebte er den 8. Mai 1945, der für ihn „das Morgenrot der Menschheit“ war.

Als einer der wenigen Juden kehrte er nach Kriegsende nach Deutschland zurück: „Mein Vater sagte, er wird keinen Fuß mehr in dieses Land setzen, das er 'Bahaime'-Land nannte. 'Bahaime' ist das jiddische Wort für Rindviecher. Meine Schwestern und mein Bruder blieben auch in Paris. Ich bin nur aus Parteidisziplin hierher gekommen. Um hier zu leben oder einfach, um Geld zu verdienen, wäre ich niemals wieder gekommen. Aber man hatte uns gesagt, wir sollten gleich nach der Befreiung zurückkehren, um die Gemeinsamkeit aller deutschen Hitler-Gegner zu erhalten und um ein anderes, ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen.“ Zurückgekehrt nach Frankfurt am Main gehörten Peter und Ettie Gingold zu den Gründern der hessischen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und wirkten politisch in der KPD. Er wurde Mitglied des Sekretariats der hessischen KPD. Doch als Widerstandskämpfer und Kommunisten wurde ihnen viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert. In Folge des KPD-Verbots musste Peter Gingold zeitweilig wieder in die Illegalität. Auch musste er die Verfolgung in zweiter Generation erleben, als seine zweite Tochter Silvia Gingold als Lehrerin viele Jahre mit Berufsverbot belegt war. Solch negative Erfahrungen mit der bundesdeutschen Realität haben ihn nicht abgehalten, sich für seine Vision einer sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft, frei von Krieg und Ausbeutung einzusetzen. Nach dem Verbot der KPD gründete er gemeinsam mit anderen Kommunisten die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), welcher er bis zu seinem Tod angehörte. Als er einmal von Steven Spielberg bei einem Interview für die „Shoah Foundation“ gefragt wurde, wie er nur Kommunist werden konnte, gab er zur Antwort: „Wenn Sie sich die Welt, wie sie ist, ansehen, was alles passiert, kann ich Sie nur zurückfragen: Wie kann man da nicht Kommunist sein? Es gibt nichts anderes: Barbarei oder Kommunismus, was soll ich sonst auf eine solche Frage antworten?“

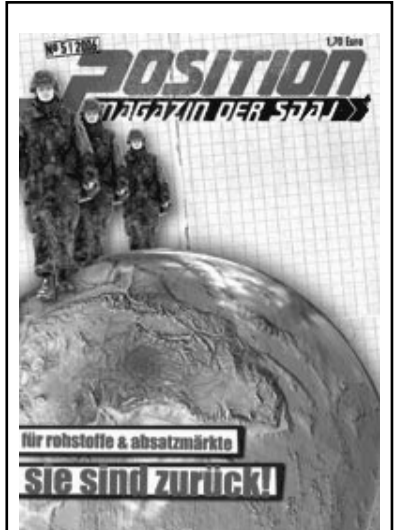
DKP Marburg



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.

Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*



»Kostenloses Probeexemplar
»SDAJMarburg@web.de

Treffen der DKP Marburg
jeden ersten Dienstag im
Monat, 20 Uhr, Schwanhof,
Schwanenallee 27-31



Jetzt neu!

Lesen auf www.dkp-online.de/programm

INHALT: Imperialismus heute • Der deutsche Imperialismus • Der Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus • Unser Weg zum Sozialismus • Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts • DKP – Partei der Arbeiterklasse

O-TON SCHERNIKAU



Ronald M. Schernikau wird 1960 in Magdeburg, DDR geboren und wächst ab 1966 in der BRD auf. Mit 16 wird er Mitglied der DKP. Im September '89 wird Schernikau DDR-Staatsbürger. Er stirbt 1991 an den Folgen von Aids. Die folgenden Fragmente sind seinem zweiten Werk *Die Tage in L.* (1989) entnommen.

brd sieht brd: das unerfreuliche (IV)

ich habe in den friedensarbeitskreisen gesessen! koordinierungsausschüsse bezirksinitiativen aktionsnachmittage! ich weiß, wie ich in die wohnungen trat und dachte: diese personen kennst du doch? diese gesichter sind dir durchaus nicht unbekannt?, und dann fiel es mir ein: sämtliche vertreter sämtlicher untergruppierungen sämtlicher friedensbewegungen waren natürlich kommunisten, unerkant auch von ihresgleichen, sich selber mit erhobenen armen und entsetzten gesichtern verleugnend: nein! ich bin hier wirklich nur in meiner eigenschaft als vertreter der tiere gegen brotaufschnitt! vielleicht, eventuell, möglicherweise wäre die feststellung nicht vollkommen von der hand zu weisen, ich sei unter anderem zufällig nebenbei auch noch ein kleines bißchen mitglied der hiesigen kommunistischen partei,

aber mach dir nichts daraus! vergröß es! kümmere dich nicht darum! denn vor allem, nicht wahr, vor allem bin ich: für den frieden. [...]

als die spd in westdeutschland an der macht war, schloß sie mitglieder ihrer partei aus, die gegen die stationierung neuer raketen protestierten. einen tag, genau einen tag nachdem die cdu mal wieder die verwaltung des systems übernommen hatte, einen tag danach sprach willy brandt auf einer antiraketenversammlung, es gibt noch ein foto davon, vor ihm ein plakart, pershing 2 cruise missiles nein. [...]

manchmal wundere ich mich, daß die anderen sich nicht wundern, daß ich mich nicht wundere.

siehe auch: www.schernikau.net

IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay
Auflage: 1000 Ex., Eigendruck
Erscheinen: vierteljährlich
nächste Ausgabe: März 2007
Redaktionsschluss: 15.02.07

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de